



FREIE WÄHLER

Hansestadt Lübeck



Europawahl 2024

Europa, wir kommen!

5 Punkte Plan für ein lübsches Europa

Vorwort

Das Erbe der Hanse lebt in Europa und insbesondere in Lübeck, seinen skandinavischen Nachbarn und den anderen ehemaligen Hansestädten in vielfältiger Weise fort. Die Hanse hatte einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung Nordeuropas im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Durch eine gemeinsame Handels- und Verteidigungspolitik prägte sie die Wirtschaftslandschaft und brachte den Städten Freiheit und Wohlstand. Dieses Erbe wollen wir als FREIE WÄHLER bewahren und in eine gemeinsame europäische Politik überführen. Die Hanse verstehen wir dabei als Vorläufer der Europäischen Union und eines europäischen Einigungsprozesses. In ihrem Geiste einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und einer gemeinsamen Außen- und Handelspolitik, wollen wir das Fundament eines neuen, friedfertigen, wehrhaften und lebenswerten Hauses Europa bauen. Dafür sehen wir fünf Punkte als unerlässlich an.

Wohnen

„Nicht alle Menschen, die nicht ohne einander leben können, verstehen es, miteinander zu leben.“ - Ida Boy-Ed

Die Wohnungspolitik stellt für alle europäischen Mitgliedsstaaten eines der zentralen Handlungsfelder der Zukunft dar. Dabei sehen wir uns mit zahlreichen Herausforderungen im Angesicht des Wandels von Klima, Demografie und globalen Kräfteverhältnissen konfrontiert. Deutschland stellt mit einer niedrigen Wohneigentumsquote und den damit einhergehenden Abhängigkeiten vom Mietsektor eine Ausnahme in der EU dar. Über Jahrzehnte haben die unterschiedlichen Regierungen auf Bundes- und Landesebene diesen Nachteil mit dem sozialen Wohnungsbau abgedeckt. Mit einem immer stärker werdenden Wegfall der Sozialbindung, der ab dem Jahr 2030 seinen Höhepunkt erreicht, schlittert Deutschland und insbesondere auch die Hansestadt Lübeck sehenden Auges in eine soziale Katastrophe. Fallstudien zeigen, dass der Einfluss der EU-Politik auf den nationalen Wohnungssektor bisher als eher gering einzustufen ist. Dies wollen wir als FREIE WÄHLER ändern und alle europäischen Instrumente nutzen, um Wohnungsbau und Eigentumserwerb in Deutschland stärker zu fördern.

Hierbei setzen wir insbesondere auch auf eine Stärkung des Mieterschutzes, der Mieterinnen und Mieter ermächtigt, sich gegen Preistreiberei und Wohnungsverlust zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig werden wir uns aber auch dafür einsetzen bestehende bürokratische Hürden abzubauen, die den Wohnungsbau erschweren. Wir FREIE WÄHLER stehen für ein Europa, in dem die Freizügigkeit nicht nur ein Grundrecht auf dem Papier ist, sondern eine soziale Garantie, die den Bürgerinnen und Bürgern der EU ermöglicht, in Freiheit ihren Wohnort innerhalb Europas selbst zu bestimmen, unabhängig von Herkunft oder sozialem Stand. In Lübeck haben wir hierzu auf kommunaler Ebene eine Erhöhung der Sozialbauquote und eine lebendige Diskussion über eine städtische Mieterschutzstelle auf den Weg gebracht.

Im Europaparlament werden wir FREIE WÄHLER uns dafür stark machen, mehr Menschen den Erwerb eines Eigenheims zu ermöglichen und bestehende Mietverhältnisse zu schützen. Dies werden wir eng verzahnen mit einer

Wirtschaftspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert. Hierbei suchen wir die Zusammenarbeit mit Mitgliedsstaaten, die eine ähnliche Struktur des Wohnungsmarktes aufweisen wie Deutschland und wollen diese zu einer engeren wohnungspolitischen Zusammenarbeit vernetzen. Dabei werden wir uns an einem wohnungspolitischen Leitbild orientieren, das folgende Punkte verinnerlicht:

- Die Schaffung effizienter und integrativer Wohnungsmärkte orientiert an Angebot und Nachfrage, die darauf abzielt, einerseits eine quantitative Versorgung mit Wohnraum sicherzustellen und Übergänge verschiedener Wohnformen (Eigentum- und Mietform) orientiert an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Hierbei sind insbesondere auch die Schaffung barrierefreien Wohnraumes und eine bezahlbare Klimaeffizienz zu gewährleisten.
- Die Sicherstellung einer ausreichenden Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums und eines sozialen europäischen Preisniveaus, welches Freizügigkeit gewährleistet.
- Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohneigentumsquote und Mietwohnanteil.
- Die Erhöhung der Energieeffizienz von Altbauten durch eine sanierungsorientierte Investitionspolitik, die Menschen unterstützt, anstatt sie mit neuen Vorschriften allein zu lassen und zu überfordern.

Letzterer Punkt ist insbesondere für die Hansestädte mit ihrer hohen Quote an Altbauten von besonderer Bedeutung. Es gilt das kulturelle bauliche Erbe der Hanse zu bewahren und in Einklang mit den Bedürfnissen einer modernen Wohnungs- und Klimapolitik zu bringen.

Wirtschaft

„Der Herzog aber sandte Boten in die Hauptorte und Reiche des Nordens, Dänemark, Schweden, Norwegen und Russland, und bot ihnen Frieden, dass sie Zugang zu freiem Handel in seine Stadt Lübeck hätten. Von der Zeit an gedieh das Leben in der Stadt und die Zahl ihrer Bewohner vervielfachte sich.“ - Heinrich der Löwe

Das Bestreben der lübschen Kaufleute, in friedlicher Weise Handel treiben zu wollen und dabei internationale Kontakte zu nutzen, war eines der entscheidenden Motive für die Gründung der Hanse und hatte das Zusammenwachsen des europäischen Raumes zur Folge. Es gibt zwar keine formelle Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene, da diese nach wie vor den Mitgliedstaaten obliegt; auf Ratsebene findet jedoch eine multilaterale Koordinierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten statt. Als FREIE WÄHLER wollen wir diese Koordinierung vorantreiben und somit alle Mittel ausschöpfen, die zu einer Stärkung des Wirtschaftsraumes in Schleswig-Holstein und seiner skandinavischen Nachbarn führen.

In Lübeck kommt dabei dem Tourismus als einer der zentralen Säulen unserer heimischen Wirtschaft besondere Bedeutung zu. Dieser kann nur wachsen und gedeihen, wenn wir den Frieden und die Freizügigkeit unseres gemeinsamen Wirtschaftsraums gewährleisten, als auch das Gemeinwohl und die Interessen der Menschen, die in

ihm leben, berücksichtigen. Ein moderner Qualitätstourismus muss sich daher sowohl an einer Ausgewogenheit an Wirtschaft und Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner orientieren als auch nachhaltig aufgestellt sein.

Der Fernhandel war zu Zeiten der Hanse der alles entscheidende Punkt, der später dazu führen sollte, dass die Hansestadt Lübeck eine Zeit lang größer und bedeutender als London wurde. Schon mit der Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums ist in dieser Tradition der größte und am nachhaltigsten integrierte regionale Markt der Welt entstanden. Europa steht im internationalen Handel jedoch vor großen Herausforderungen: Wir FREIE WÄHLER wollen nicht, dass u.a. die Handelsmacht China fernab unserer Werteordnung versucht, uns die zukünftigen Regeln des Welthandels zu diktieren. Wir wollen alles daransetzen, dass Europa im internationalen Handel seine bisherige Stärke behauptet und Freihandelsabkommen im Sinne seiner Bürgerinnen und Bürger abschließt. Wir stehen für eine wertebasierte Handelspolitik, die hohe Standards und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur Basis des gemeinsamen Handels macht. Wir treten ein für Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Die neue Hanse ist heute ein aktives Netzwerk zwischen Städten, die geschichtlich zur historischen Hanse gehörten, sowie von Städten, die mit ihnen im regen Handelsaustausch standen und stehen. Diesen Städtebund wollen wir FREIE WÄHLER europapolitisch stärken. Mithilfe dieser Stärkung wollen wir einen Beitrag zur wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und staatlichen Einigung Europas leisten. Lübeck als Zentrum der Hanse kommt dabei eine besondere Rolle zu. Dieses Selbstbewusstsein eines gemeinsamen Wirtschaftsraums der Hansestädte und ihrer skandinavischen Nachbarn wollen wir in das Europaparlament tragen.

Die Handelspolitik der Europäischen Union muss die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen stärker berücksichtigen. Handelsbarrieren sind dabei insbesondere für die kleinen und mittleren exportierenden Unternehmen in unserer Region erhebliche Hindernisse. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade sie als Rückgrat unserer Wirtschaft künftig stärker vom internationalen Handel profitieren.

Wir setzen uns für eine Wiederbelebung der Welthandelsrunden unter Berücksichtigung unserer Region im WTO-Rahmen ein. Die bisherige Politik der EU, die zu stark auf Abkommen mit einzelnen Handelspartnern abzielt, ist für uns der falsche Weg. Wir wollen wieder verstärkt auf eine einheitliche Regelung im internationalen Handel setzen, auf die sich alle WTO-Staaten verpflichten.

Wir setzen uns für eine Politik ein, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Schleswig-Holstein und allen Regionen Europas sichert. Strukturschwächeren Gegenden wollen wir ermöglichen, durch Eigenleistung aufholen zu können. Die Verbesserung und Neuausrichtung der Regionalförderung in der EU sollte dabei auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Die Förderung von Beschäftigung, Bildung und Möglichkeiten zur sozialen Eingliederung muss verstärkt werden. Die Förderung von Forschung und Innovation muss intensiviert werden. Die Modernisierung von Verkehr und Energiewirtschaft wird von uns vorangetrieben werden. Die EU-Regionalförderung sollte durch eine stärkere Konzentration auf die Bereiche und Sektoren verbessert werden, in denen die größten Fortschritte zu erwarten sind. Es sollen vorwiegend Projekte gefördert werden, die kleine und mittlere Unternehmen im Bereich von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Dienstleistungen stärken. Dies käme insbesondere auch dem Land Schleswig-Holstein und seinen skandinavischen Partnern gemäß ihrer Wirtschaftsstruktur zugute.

Der Städtebund der Hansestädte und ihrer Partner haben sich die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage des grenzüberschreitenden Hansegedankens und den geschichtlichen Erfahrungen, die Gedanken und den Geist der europäischen Stadt wieder zu beleben. Dieses Eigenbewusstsein der Hansestädte zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen diesen Städten zu entwickeln ist der Geist, den wir als FREIE WÄHLER in das Europaparlament tragen wollen.

Friedenssicherung

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ - Willy Brandt

Eine Sicherung des Friedens ist für Lübeck und seine skandinavischen Nachbarn von zentraler Bedeutung. Nicht nur bedroht der Konflikt mit Russland das Leben und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger der europäischen Union, er stellt auch eine zentrale Bedrohung für eine gemeinsame freie und friedliche Handelspolitik im Geiste der Hanse dar. Es gilt, mit allen politischen Mitteln das Eintreten eines Bündnisfalls an den europäischen Außengrenzen zu verhindern und Frieden und Freiheit zu schützen. Schleswig-Holstein und mit ihm die Hansestadt Lübeck dürfen nicht wie zu Zeiten des kalten Krieges in den Fokus globaler Konflikte geraten.

Wir wollen zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens unserer Region und seiner skandinavischen Nachbarn den europäischen Außengrenzschutz massiv stärken. FRONTEX soll hier die Koordination übernehmen und massiv ausgebaut werden. Die Mitgliedstaaten sollen beim Außengrenzschutz nicht mehr führend sein müssen, sondern nur mehr unterstützen. Wir forcieren eine gemeinsame europäische Grenzschutzeinheit, bestehend aus bereitgestellten Kontingenten der Mitgliedstaaten. Sie muss in der Lage sein, die gesamte EU-Außengrenze wirksam überwachen zu können.

Europa ist trotz des hohen sozialen Engagements seiner Bürgerinnen und Bürger, wie es auch in Lübeck geleistet wurde, längst nicht auf Flüchtlingskrisen wie die vom Herbst 2015 vorbereitet. Das wollen wir ändern. Wir streben weiterhin eine gesamt-europäische Lösung der Migrationsfrage an. Wollen wir eine dauerhafte Rückkehr zu Schlagbäumen, Kontrollen und Warteschlangen an unseren Binnengrenzen verhindern, müssen wir gemeinsam und engagiert unsere Außengrenzen schützen. Das erfordert den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Grenzschutzes, der das Sicherheitsbedürfnis unserer skandinavischen Nachbarn stärkt und somit auch nachhaltig die Sicherheit Schleswig-Holsteins gewährleistet. FRONTEX braucht daher ein großes Update und eine stärkere parlamentarische Kontrolle.

Wir FREIE WÄHLER wollen grundsätzlich allen europäischen Ländern eine Beitrittsperspektive geben, die unsere Grundwerte achten und entsprechende Kriterien erfüllen. Ein großes, geeintes Europa stärkt uns sowohl wirtschaftlich und außenpolitisch als auch sicherheitspolitisch. Daher soll jedes europäische Land, das Teil unserer Werteordnung ist, von vornherein eine Teilhabeoption an unserem europäischen Friedenswerk haben. Schon bei den mittelosteuropäischen Ländern haben sich in Folge der Auflösung des Ostblocks ehrliche Beitrittsperspektiven als Reformmotor bewährt.

Hierbei ist jedoch auf einen nachhaltigen, stabilen Prozess des Zusammenwachsens zu achten. Nur eine wirtschaftlich und sozial stabile europäische Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft kann Frieden und Freiheit in Wohlstand

gewährleisten. Als FREIE WÄHLER wollen wir eine Beitrittspolitik, die das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger der Union im Blick behält und in einem Tempo vorangeht, das Zeit für ein europäisches Zusammenwachsen lässt.

Umwelt und Klima

„Was wären wir ohne die Natur? Nichts. Wir können nicht von Nullen und Einsen leben oder Geld essen, nicht einmal Bücher würden uns sättigen. Wir brauchen die Natur. Sie braucht uns nicht.“ - Günter Grass

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Europa und die Grundsätze des Pariser Klimaabkommens ein. Das beinhaltet eine langfristige und verantwortungsvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen, ohne die Umwelt oder die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu schädigen. Zum Erhalt und zur Förderung biologischer Vielfalt und dem Schutz natürlicher Ökosysteme gehören dabei die Förderung der Menschenrechte, sowie die Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Menschen. Darüber hinaus ein faires und effizientes Wirtschaftssystem, insbesondere in Form eines ökologischen Tourismus, das Wohlstand und Innovation fördert, ohne die Umwelt oder die sozialen Aspekte zu vernachlässigen.

In Schleswig-Holstein sind für uns die wirtschaftliche Flächennutzung in Form von Jagd und Fischerei, der Klimawandel, die Entwicklung eines nachhaltigen Naturschutzrechts und die nach dem Bundes- wie Landesnaturschutzgesetz nach Vorgaben der EU gegebene Beteiligung von Vereinen und Verbänden bei Eingriffen in die Natur unserer Region wesentliche Leitlinien einer modernen Umwelt- und Klimapolitik.

Dabei sind für uns der Erhalt der Meere, ein artenreiches Grünland, die Förderung regenerativer Energien und der Aufbau einer erfolgreichen neuen Energieindustrie zentrale Pfeiler unseres Selbstverständnisses für den Erhalt der vielfältigen Umwelt unserer Region.

Wir setzen uns für wirksame Fischereiregelungen auf Europaebene ein. Außerdem wollen wir eine bessere Förderung und Entwicklung schonender Fangtechniken und -methoden. Auf die Nachhaltigkeit des Fischbesatzes und die Vermeidung der Überfischung muss stärker hingewirkt werden. Wir fordern, dass das seit Jahrzehnten bekannte Problem von Munitionsaltslasten in Nord- und Ostsee gelöst wird. Diese Altslasten stellen eine große Gefahr für Schifffahrt, Mensch und Ökosystem dar. Wir fordern die systematische Erfassung und Kartierung des Meeresbodens, die sichere Bergung und ordnungsgemäße Entsorgung mittels modernster, umweltverträglicher Verfahren und effektive Überwachungs- und Managementstrategien für verbleibende Altslasten. Bei Themen, die unsere Meere betreffen, fordern wir mehr internationale Zusammenarbeit, denn die Meere sind ein gemeinsames europäisches Gut, die insbesondere auch das Fundament für den Tourismus in Lübeck und unserer Region bilden.

Wir stehen für den Erhalt der heimischen Arten in den jeweiligen Regionen Europas. Hierzu gehören Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung neuer natürlicher Lebensräume wie Wälder, Moore, Äcker, Wiesen und Gewässer, z.B. durch Entsiegelung oder Revitalisierung aufgelassener Gewerbe- und Industriestandorte. Diese Lebensräume bieten wichtige Ökosystemdienstleistungen wie die Speicherung von Kohlenstoff, die Regulierung des Wasserhaushalts und die

Bereitstellung von Nahrung und Rohstoffen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über die relevanten menschengemachten Ursachen und Folgen des Artenschwunds in Europa besser informiert werden und Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, wie sie eigenverantwortlich zum Schutz der Natur beitragen können. Die internationale Zusammenarbeit und der politische Wille für den Erhalt der biologischen Vielfalt muss in Europa gestärkt werden. Dabei müssen aber die Rechte und Interessen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt werden.

Wir wollen die Energiewende in Deutschland und Europa als sozialverträgliches, nicht den Wohlstand gefährdendes Projekt gestalten. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Bezahlbarkeit, Technologieoffenheit und umweltschonende Lösungen sollen die Eckpfeiler einer nachhaltigen Energiewende sein. Strom soll möglichst dort produziert werden, wo er verbraucht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger am Gewinn beteiligt werden. Dadurch bleibt die Wertschöpfung vor Ort. Es braucht darüber hinaus ein leistungsfähiges Leitungsnetz. Lübeck, Schleswig-Holstein und unsere skandinavischen Nachbarländer bieten hierfür die besten Standortvoraussetzungen, deren Potential es wirtschaftlich und ökologisch zu nutzen gilt.

Wir wollen eine einheitliche europäische Wasserstoffinfrastruktur schaffen. Damit Wasserstoff einen maßgeblichen Anteil am umweltverträglichen Umbau der Industrieproduktion und der Mobilität leisten kann, werden große Mengen benötigt. Mit Hilfe von Wasserstoff-Partnerschaften wollen wir die Potentiale für unsere heimische Industrie ausschöpfen. Neben der Produktion und der Verteilung müssen auch die Anwendungstechnologien im Mittelpunkt der Partnerschaften stehen. Besonders in der Wasserstoff-Achse Deutschland-Frankreich wollen wir ein „Airbus für Wasserstoff“ schaffen. In Lübeck haben wir hierzu eine Politik in die Bürgerschaft eingebracht, die unsere Hansestadt langfristig zu einem der führenden Wasserstoff-Standorte in Europa ausbauen will.

Soziale Sicherheit

„Arbeit ist schwer, ist oft genug ein mühsames und freudloses Stochern. Aber nicht arbeiten, das ist die Hölle.“ - Thomas Mann

Wir FREIE WÄHLER wollen die Vorteile der europäischen Einheit nutzen, um soziale Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Deshalb stehen wir für stabile Sozialversicherungen, eine starke und nachhaltige lokale Wirtschaft, einen fairen, leistungsorientierten Arbeitsmarkt mit guten Löhnen und Renten und ein bezahlbares Gesundheitssystem. Ziel unserer Bemühungen ist dabei eine solidarische europäische Gesellschaft, die den Bedürfnissen unserer Stadt und unserer Region Rechnung trägt. Wir sind eine Kraft, die aus der Mitte der Kommunen und ihrer Menschen heraus entstanden ist. Daher wissen wir, dass spezifische Herausforderungen am leichtesten vor Ort gelöst werden können. Die Mitgliedstaaten unterscheiden sich in ihren Strukturen, Sozialsystemen und kulturellen Besonderheiten. Aus diesem Grund lehnen wir die Verlagerung von nationalen Kompetenzen durch eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung, Abgabe von Kompetenzen bei der Arbeitsvermittlung oder der sonstigen Sozialgesetzgebung ab. Diese sollen in den Mitgliedsstaaten verbleiben.

Wir FREIE WÄHLER sind eine soziale politische Kraft und betrachten den Sozialstaat als große Errungenschaft sowie als wichtiges Instrument, um Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Die Bereitstellung von Leistungen und die Förderungen in vielen Bereichen, z.B. der Familie, die Unterstützung der Schwächeren, bis zur Unfall- sowie Rentenversorgung, sind für uns zentrale Bausteine eines funktionierenden Staates. Dort, wo das System Mängel aufweist, werden wir korrigierend eingreifen. Was für Deutschland gilt, soll auch für Europa gelten, denn auch hier fordern wir Mindeststandards und kritisieren Fehlentwicklungen, wie z.B. Lohndumping, Ausbeutung oder soziale Ungleichheiten. An dieser Stelle sehen wir Europa in der Verantwortung, koordinierend tätig zu werden. Eine Kompetenzabgabe lehnen wir jedoch ab. Die Sozialgesetzgebung soll bei den Mitgliedsstaaten verbleiben.

Wir FREIE WÄHLER betrachten die Wirtschaft nicht als Selbstzweck. Im Mittelpunkt stehen für uns stets die geschaffenen Arbeitsplätze für die Menschen unserer Stadt. Wir stehen zu Wettbewerb und dem Leistungsprinzip. Insbesondere legen wir Wert darauf, eine hohe Wertschöpfung in den Regionen zu erreichen und unterstützen in Lübeck und Schleswig-Holstein deswegen besonders lokale Wirtschaftskreisläufe.

Unser Ziel ist es, eine solidarische Gesellschaft zu gestalten, in der die Freiheit eines jeden Einzelnen auf der Basis gemeinsamer Werten garantiert ist. Nach vielen Krisen in Europa und der Welt gilt es sicherzustellen, dass die Menschen vor Ort weiter zusammenhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, muss es in den Städten Europas fair zugehen und die Regeln für das Zusammenleben müssen von allen geachtet werden.

Wir sind eine Partei für alle Bürgerinnen und Bürger. Drängenden Problemen, wie der demographischen Entwicklung, der Zersplitterung der Gesellschaften, sowie dem Fachkräftemangel wird nicht entschieden genug entgegengewirkt. Auch Empfänger von Transferleistungen geben wir nicht auf, sondern sehen in ihnen vielmehr ein großes Potential. Viele Menschen, die bislang noch nicht oder noch nicht ausreichend am sozialen, gesellschaftlichen und Erwerbsleben teilhaben können, wollen wir durch eine Politik des Forderns und Förderns aktiv unterstützen. Um dies gewährleisten zu können, fordern wir einen europäischen Pakt, um den Zusammenhalt sowohl in den einzelnen Mitgliedsländern als auch in Europa insgesamt sicherzustellen.

Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in den letzten Jahren eine massive Migration in unsere Sozialsysteme stattgefunden hat. Diese wird irgendwann zu massiven Leistungskürzungen, beispielsweise bei Kassenleistungen oder Renten, oder aber zu großen Beitragserhöhungen auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt führen. Aus unserer Sicht steht damit der Sozialstaat, wie wir ihn kennen und schätzen, auf dem Spiel. Wir werden uns daher auf europäischer Ebene für eine Begrenzung dieser Form der Zuwanderung einsetzen.

Uns ist bewusst, dass viele zugewanderte Menschen, die heute in Deutschland ansässig sind, auch auf Dauer bleiben werden. Aus diesem Grund wollen wir sowohl die Integration von zugewanderten Fachkräften als auch die Eingliederung von sonstigen Migranten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft intensiver fördern (z.B. durch verpflichtende Deutsch- und Eingliederungskurse), aber auch Integrationsleistungen der Beteiligten verpflichtend fordern. Dies soll unabhängig von unseren Forderungen nach besserem Grenzschutz, Rückführung oder schnelleren Asylverfahren

geschehen, um nicht langfristig Parallelgesellschaften zu schaffen, die eine große Gefahr für den sozialen Frieden darstellen.

Wir FREIE WÄHLER wissen um die Bedeutung von Versorgungssicherheit und stabilen Strom- und Gaspreisen für die Menschen und die Wirtschaft in Lübeck. Wir sehen die Stadtwerke als kommunales Versorgungsunternehmen und nicht als Energiekonzern. Eine günstige, regionale und krisensichere Energieversorgung steht für uns im Mittelpunkt. Wir haben uns deshalb immer dafür eingesetzt, dass die Menschen in unserer Stadt, z.B. durch Genossenschaftsmodelle, zu aktiven Akteuren der dezentralen Energiewende werden und die Wertschöpfung vor Ort in Lübeck verbleibt. Dafür stehen wir auch in der Europapolitik und wollen europäische Fördertöpfe dafür nutzen, den heimischen Energiesektor behutsam umzugestalten und Energie langfristig und nachhaltig bezahlbar zu halten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Koordination, Strukturierung und Organisation der Gesundheitsversorgung in die Regionen gehört. Vor Ort können die Entscheidungsträger die Bedarfe deutlich besser einschätzen. Deswegen wollen wir eine Ausweitung der Kompetenzen der EU im Gesundheitswesen vermeiden. Die Gesundheitsversorgung von Geburt bis an das Lebensende muss unter Wahrung der Menschenwürde stattfinden. Deswegen müssen auch sensible Themen, wie Gewalt im Kreißsaal, Gewalt in der Pflege und Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitswesen gesellschaftlich und politisch in den Mittelpunkt der Diskussion in Europa rücken.

Unsere jüngeren Generationen sind in ein vereintes Europa hineingeboren. Offene Grenzen, ein gemeinsamer Markt und europäischer Austausch waren von Anfang an Teil ihrer Lebenswirklichkeit. Diese Errungenschaften müssen sie auch erhalten und gestalten können. Wir brauchen ihre Leidenschaft, um die europäische Idee weiterzutragen. Denn wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die engagierten und mündigen Bürger von morgen werden. Um gerade für junge Menschen eine gute Bildung sicherzustellen und somit ein positives Bewusstsein für Europa von Beginn an zu gewährleisten, setzen wir FREIE WÄHLER uns für gleiche Bildungsstandards ein. Wir müssen insbesondere in der schulischen Bildung miteinander und voneinander lernen. Das Ziel ist, dass jedem Menschen eine gute schulische Ausbildung zukommt.

Die Chancen auf Arbeit sind für Jugendliche in Europa höchst unterschiedlich. Während wir in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung haben, wächst in anderen Ländern eine ganze junge Generation ohne die Perspektive auf ein sicheres und auskömmliches Einkommen heran. Wir werden Jugendliche nicht im Stich lassen. Wir werben für das bei uns bewährte und krisenfeste duale Ausbildungssystem in anderen EU-Mitgliedstaaten und wollen auch die Mobilität junger Menschen in Europa verbessern, insbesondere auch für Studierende. Wir in Deutschland leiden in vielen Branchen unter einem hohen Fachkräftemangel und können dieses Potential für uns nutzen.

Auch die Erwachsenenbildung ist für die weitere Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus in Europa unabdingbar und soll verstärkt ausgebaut werden. Wir wollen Quereinstiege in Berufe erleichtern und nicht-schulische Qualifikationen in beruflichen Laufbahnen stärker berücksichtigen. Beispiele sind hier Praktika und Erziehungszeiten. Diese Anerkennung muss EU-weit harmonisiert werden. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung braucht es Bildungsangebote für alle Altersklassen.

Fazit

„Wir kennen die Ängste, Sorgen, Nöte und Probleme der Menschen in Lübeck. Viele Herausforderungen lassen sich aber vor Ort nicht lösen. Wir bringen Lübecks Themen nach Europa.“ - Gregor Voht

Wir FREIE WÄHLER sind eine hanseatische Kraft, mit der bei den kommenden Europawahlen zu rechnen ist. Als pro-europäische, soziale und moderne Kraft der Mitte haben wir in Lübeck und Schleswig-Holstein stets Mut, Maß und Mitte bewiesen. Tugenden, die nicht nur die Hanse ausgezeichnet haben, sondern die wir auch in die gesamt-europäische Wohnungsbau-, Wirtschafts-, Friedens-, Umwelt- und Bildungspolitik einbringen wollen, um nicht nur die Interessen der Menschen Lübecks nach Brüssel zu tragen, sondern auch den Geist der Hanse zu bewahren. Viele Menschen haben gerade zur Europawahl Sorge, dass sie ihre Stimme verschwenden. Mit Gregor Voht trägt ein Lübecker die Interessen der Menschen unserer Stadt nach Brüssel.

In Lübeck sind wir seit 2012 durchgängig in der Bürgerschaft vertreten und haben mit wechselnden Fraktionspartnern unsere Bündnisfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Gestaltungskraft bewiesen. Bei der Bürgermeisterwahl 2017 konnte unser Kandidat mit 7,5 % der Stimmen ein starkes Ergebnis erreichen und 2023 trug die Unterstützung der FREIEN WÄHLER zur erfolgreichen Wiederwahl Jan Lindenaus zum Bürgermeister bei. Auf unseren Wahlvorschlag hin wurde die parteilose Bausenatorin wiedergewählt. Als Partei stehen wir damit für eine Politik der Vernunft und Mitte jenseits ideologischer Grenzen.

Hinter uns liegt ein erfolgreiches Kommunalwahljahr für die FREIE WÄHLER Schleswig-Holstein. Wir konnten unser Landesergebnis deutlich steigern. Durch unseren Fleiß, unsere Beharrlichkeit und sehr viel Einsatz konnten wir 2023 in Schleswig-Holstein in zahlreiche Kommunalparlamente einziehen und seitdem als aktive Kraft in der Kommunalpolitik mitwirken. Unser klarer Fokus auf eine Steigerung unserer Präsenz auf kommunaler Ebene hat sich ausgezahlt und festigt unsere Struktur in Schleswig-Holstein. Als Partei der Mitte wachsen wir kontinuierlich weiter. Dabei achten wir noch stärker als in der Vergangenheit auf ein nachhaltiges Wachstum. Wir sind unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet seriöse und lösungsorientierte Politik in unsicheren Zeiten zu gestalten und unser Team dementsprechend aufzubauen. Deswegen ist Qualität und Beständigkeit bei unserem Aufbau weiter das gelebte Ziel.

Im kommenden Jahr haben wir mit der Europawahl 2024 einen spannenden Wahlkampf vor uns, den wir nutzen werden, um uns FREIE WÄHLER in Schleswig-Holstein noch bekannter zu machen. Ein Blick auf die bundespolitische Ebene zeigt, wie wichtig es ist, den Menschen eine neue politische Kraft der Mitte anzubieten. Es braucht eine Rückbesinnung der Politik auf den Geist der Hanse und die Mitte der Gesellschaft mit ihren Problemen und Herausforderungen und der Lebenswirklichkeit der Menschen.

Zu viele fleißige und ehrliche Menschen werden in Deutschland momentan von der Politik übersehen. Wir FREIE WÄHLER schauen hin, wir hören zu und geben den Menschen wieder eine Stimme in Lübeck, Schleswig-Holstein und Europa.



V.i.S.d.P.: FREIE WÄHLER Lübeck,
Kreisvorsitzender Thomas Misch,
Schwertfegerstraße 26, 23556 Lübeck